

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinderbeilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72208. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72208

**Inseratenpreise:** Die 10gepalt. Kolonellsseite 35 Pfg., bei Blankvorschrift 40 Pfg., Stellenangebote 10gepalt. Kolonellsseite 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10gepalt. Kolonellsseite mit 50% Nachl. Reklameseite 2 Mk. Interate v. ausw.: die 10gepalt. Kolonellsseite 40 Pfg. bei Blankvorschr. 50 Pfg., Reklameseite 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

## Landbünderevolte in Schlesien

### Aufgehezte Bauern

#### Ein Rittergutsbesitzer als Rädelshörer

Die Landbünderevolte treibt nunmehr seit Monaten eine wüste Hege unter den Bauern. Ganz planmäßig werden sie aufgepuscht gegen das Steuerzahler, gegen die Erwerbslosen und gegen das Reich. Jawohl, gegen das Reich, in dessen Regierung die Vertrauensmänner der nationalen Landbünderevolte den größten Einfluß haben. Der Ernährungsminister Schiele steht auf seiner Landbünderevolte, die von den Rittergutsbesitzern aufgepuscht wird. Dort wird er, der Vertreter der großagrarischen Interessen, gefeiert, wofür er dann demagogische Reden hält. Daß gerade unter seiner Ministerschaft die Landwirte in eine besonders schwere Notlage geraten sein wollen und zu einem Teil auch geraten sind, das sieht ihn wenig an. Er macht die Hege munter mit — auch gegen das Reich. Daß es von ihm und seinen Berufs- und Klassen-genossen ausschließlich regiert wird, darüber werden die Bauern, die wie früher so auch in der Republik nur die Werkzeuge der Rittergutsbesitzer und Feudalherren sind, bewußt hinweggetäuscht. Die deutschnationalen führen die Hege. Bald wird es mit ihrer Herrschaft in der Regierung vorbei sein und sie hoffen, daß dann die Hege sich noch stärker gegen eine „Links“regierung auswirkt, die auch sie für sehr wahrscheinlich halten. Möge politischer Weitblick die Sozialdemokratie davor behüten, Teilhaber der Nachfolgerin der Bürgerblockregierung zu sein!

Die verlogene und demagogische Hege der deutschnationalen Landbünderevolte hat nach dem Sturm auf das Finanzamt in R. zu einer Bauernrevolte in Schlesien geführt. Der Soz. Presseklub berichtet darüber:

Am 19. März 1928 war bei einem Landwirt in Langenöls, Kreis Nimptsch, eine Versteigerung geplündeter Gegenstände wegen Steuerrückständen angelegt. Im Hinblick auf die vom Landbund im Kreise Nimptsch geschürte Erregung unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung und die wiederholten Aufforderungen, Zwangsversteigerungen nicht ruhig hinzunehmen, hatte der Landrat vorsorglich eine Schutzpolizei bereitgehalten. Zur Versteigerung selbst waren aus Langenöls und den umliegenden Dörfern circa 800 bis 900 Menschen zusammengeströmt, die die Versteigerung zu verhindern suchten, indem sie durch Herumschlagen den Verkehr zum Grundstück hemmten und durch Abhängen von Tüchern die Tätigkeit des Versteigerungsbeamten erschwerten. Während der Versteigerung gab ein Erwerbsloser ein Angebot auf ein Schwein unter der Bedingung ab und erhielt den Zuschlag. Der den Kreislandbund Nimptsch führende Rittergutsbesitzer Schimpff wies daraufhin die Umstehenden auf den Erwerb des Schweines durch den Erwerbslosen hin und forderte auf, Erwerbslosen in Zukunft keine Arbeit mehr zu geben. Die Schutzpolizei nahm den Rittergutsbesitzer, daraufhin in Schutz, weil er die Menge durch sein Benehmen aufhebe. Nun drängte die Menge gegen die Polizeibeamten und das Grundstück vor; sie mußte schließlich unter Benutzung des Gummiknüppels von der Polizei zurückgetrieben werden. Bei diesem Zurückdrängen

wurden einige Beamte von der Menge abgedrängt, so daß der Führer des Polizeikommandos den Befehl gab, die auf dem Wagen bereitgehaltenen Karabiner und Maschinenpistolen schußfertig zu machen. Es kam jedoch nicht zur Anwendung der Waffen. Die Versteigerung konnte indessen nicht fortgesetzt werden.

Nach der Volkszeitung ist Drahtzieher der ganzen Bewegung der Rittermeister a. D. und Rittergutsbesitzer v. Schimpff, der bereits vor 8 Tagen, als in Großlegeln im gleichen Kreise eine Zwangsversteigerung angelegt worden war, in der Nimptscher Zeitung Der Landmann folgende „Bekanntmachung“ erließ: „Wir landwirtschaftlichen Säger von der heitern Berge fingen von jetzt an zu den bekanntwerdenden Zeiten an den bekanntwerdenden Orten in großer Zahl.“ Herr v. Schimpff gehört zum Vorstand des Landbundes. Wie dieser Junter so haben auch andere in den letzten Monaten die Bauern aufgepuscht; aufgepuscht nicht zuletzt auch gegen die Arbeiter und Erwerbslosen. Im schlesischen Landbund wurde von dem Arbeitslosenversicherungsgesetz als von einer Prämie für Arbeitslose gesprochen. Gegenüber diesem organisierten Treiben will es nichts besagen, wenn dann im letzten Augenblick einzelne Landbünderevolte die Bauern vor gewalttätigen Ausschreitungen gewarnt haben. Die Frucht dieser Hege mußte einmal plagen. Und sie plagt nun.

Hätten Arbeiterführer die proletarischen Massen mit den Karolen bearbeitet, mit denen die Landbünderevolte die Bauern bearbeitet haben, die deutsche Republik hätte Hunderte von Staatsanwälten auf einmal aufgebodet, um sie wegen Verbrechen nach Paragraph 309b des Strafgesetzbuchs zu verfolgen. Den Schimpffs und Korfforten ist nichts geschehen. Vereinzelt versucht jetzt hier und da eine Staatsanwaltschaft den Eindruck zu erwecken, als sei vor der Justiz der Republik jeder gleich. Wir wollen abwarten, was dabei herauskommt. Wenn aber gar irgendwo Arbeiter- oder Arbeitslose so gehandelt hätten, wie die Bauern in R. und Langenöls, dann hätte die ganze Justiz und die ganze öffentliche Meinung — das ist die bürgerliche Presse — gegen die Arbeitslosen scharf Stellung genommen. So aber finden die Blätter, die sonst für „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“ eintreten, entschuldigende Gründe in Massen. Die Notlage gewisser bäuerlicher Schichten zugegeben — aber haben tausende, vielleicht hunderttausende Arbeitslose nicht schon in viel trostloseren Verhältnissen monats- und jahrelang leben müssen, als jetzt die, notleidende Landwirte? Sind dem Arbeiter trotz seines Hungerleidens je Lasten erleichtert oder Steuern erlassen worden? Sind nicht vielmehr in Tausenden von Fällen arbeitslosen Familienmitglieder von dem arbeitslosen Hausvater noch Stöße gepöbelnd worden, weil er diese oder jene „Schuld“ nicht bestreiten konnte? O, die Notlage eines großen Teils der Arbeiterschaft ist viel schlimmer, seit Jahren viel schlimmer, als die der Landwirte. Aber nie hat ihre Klage das Verständnis und die schnelle und weitgehende Bereitschaft zur Hilfe gefunden, wie die Klage der Landwirte. Die Arbeiter werden sich merken, daß diese Republik ihren „Bürgern“ gegenüber zweierlei darreicht: den sich wild gerbernden Landbünderevolte die Hundert von Millionen Mark spendende Hand — dem armen, arbeitslosen, verhungernenden Proletariat die Hungerpeitsche und den Gummiknüppel und bei Hungerrevolten das Zuchthaus.

## Der unbequeme Vorschlag

### Die kapitalistische Front gegen Litwinow

Gestern wurde hier in einem stark gefüllten Auszuge die Rede wiedergegeben, mit der Litwinow, der Führer der russischen Delegation, auf der Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission den Abrüstungsvorschlag seiner Regierung begründet hat. Seit Rußland sich an den Abrüstungsberatungen beteiligt, wird sein Kampf für die Abrüstung damit herabzusetzen versucht, daß gesagt wird, die Russen trieben in Wirklichkeit nichts anderes, als nur Propaganda. Wir glauben, daß damit weder der vorliegende Vorschlag, noch das sonstige Eintreten der Russen für die Abrüstung abgetan werden kann. Gerade für die Sozialisten in allen Ländern ist der Kampf für die Abrüstung mehr oder weniger eine Propaganda unter den Massen, die für das sozialistische Ziel gewonnen werden müssen, und wie wir uns nicht der Illusion hingeben, als sei innerhalb der kapitalistischen Welt die wirkliche Abrüstung zu erreichen, so haben auch die Bolschewisten Rußlands nicht diese Auffassung. Auf der vierten Tagung der Vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz erklärte Litwinow am 30. November 1927:

„Die Regierung der Sowjetunion bleibt dabei — eine Meinung, der sie übrigens seit je Ausdruck verliehen hat —, daß unter dem kapitalistischen Regime keine Veranlassung besteht, an die Beseitigung der Ursachen bewaffneter Konflikte zu glauben. Militarismus und große Flotten sind notwendige, natürliche Folgen des kapitalistischen Systems. Schon durch die Tatsache ihres Anwachsens verlieren sie die bestehenden Gegensätze, indem sie den Ausbruch latenter Konflikte beschleunigen und diese unvermeidlich in bewaffnete Konflikte verwandeln.“

Wenn die russische Regierung trotzdem einen Vorschlag von 63 Paragraphen bei dem Völkerbundsekretariat einreichte, so wird es ihr bestimmt zuerst darauf angekommen sein, die Täuschung, die von den kapitalistischen Staatsmännern aller Länder in der Abrüstungsfrage getrieben wird, vor der ganzen Welt als Täuschung darzustellen. Die Chamberlain, Stresemann, Briand und andre reden nun seit nahezu 10 Jahren von der Abrüstung, berufen eine Konferenz nach der andern ein, so daß es doch überall Leute gibt, die meinen, daß von ihnen wirklich die Abrüstung und der Frieden komme. Daß es trotz der vielen Jahre auch nicht zu einem einzigen ernstem Schritt gekommen ist, wird von ihnen leicht übersehen. Kein Vertreter irgendeines kapitalistischen Staates hat bisher einen Vorschlag zur wirklichen Abrüstung gemacht. Es sind die Russen, die zum erstenmal klipp und klar die vollständige Beseitigung sämtlicher militärischer Streitkräfte zu Wasser, zu Lande und in der Luft einschließlich der Kolonien vorschlagen. Mit dieser Beseitigung soll sofort begonnen werden, so daß im ersten Jahre nach Inkrafttreten des Vertrages bereits 50 Prozent aller Truppen und militärischen Rüstungen abgebaut sein sollen. In weiteren drei Jahren soll dann die vollkommene Demobilisierung sämtlicher Armeen, Flotten, Luftstreitkräfte durchgeführt sein. Der Vorschlag fordert weiter die Schleifung sämtlicher militärischer Befestigungen, die Aufhebung der Munitions- und Rüstungsindustrien und sieht schließlich die Kontrolle der Durchführung dieser Bestimmungen vor. Ein sehr konkreter Vorschlag also, den Litwinow in seiner großen Rede am Montag begründet hat. Er nahm den Vertretern der kapitalistischen Länder von vornherein einen schon früher vorgetragenen Einwand weg, indem er erklärte, die Sowjetregierung sei bereit, die bewaffneten Kräfte der Union entsprechend ihrem Konventionsoorspruch völlig abzuschaffen, so bald derselbe Beschluß von den andern Staaten gefaßt und gleichzeitig durchgeführt wird. Also nicht die Methode: Sahnemann, geh du voran, die bisher von allen Völkerbundsmächten befolgt worden ist. Daß diese radikalen Abrüstungsvorschläge den Vertretern der andern Mächte unbequem sind, ist verständlich. Sie hätten es gern vermieden, zu ihnen überhaupt Stellung zu nehmen. Nachdem aber die Russen auf eine frühere Einladung hin ihre Mitarbeit zugesagt haben und in der Front der Wegner der russischen Vorschläge durchaus keine einheitliche Auffassung besteht, mußte die Erörterung auf der gegenwärtigen Tagung zugelassen werden. Dabei zeigt sich nun, daß die andern Delegationen nicht klar sind, wie am besten über die russischen Vorschläge hinwegzukommen ist. Es mag für manche erstaunlich erscheinen, daß ausgerechnet der Führer der deutschen Delegation, Graf Bernstorff, in seiner Rede „sehr warm“ für sie eingetreten ist. Er, der Vertreter eines Landes, in dem seit Jahren legal und illegal aufgerüstet wird! Wir meinen, daß die Erklärung dafür gar nicht so weit abseits liegt. Deutschland, dessen legale Rüstungsmöglichkeiten durch den Versailler Friedensvertrag beengt sind, ist stark interessiert daran, den ehemaligen Siegerstaaten immer wieder zu zeigen, wie sie ihre eigenen Grundsätze und Versprechungen gebrochen haben. Außerdem entspricht die Stellungnahme Bernstorffs auch der sonst in der deutschen Außenpolitik der letzten Jahre geübten Taktik, die weltpolitischen Gegensätze auszunutzen zur Stärkung der eigenen Stellung. Wahrscheinlich, daß mit der weiteren Behandlung des russischen Vorschlages England die deutsche Delegation von der scheinbar sich den Russen anschließenden Haltung abbringen und dafür Versprechungen oder Zusicherungen auf bestimmten Gebieten macht. Bestimmt wäre es ganz falsch, zu

## Das Hilfsprogramm angenommen

SPD Berlin, 21. März. (Radio.)

Der Hauptausschuß des Reichstages hat gestern abend das Hilfsprogramm für die Landwirtschaft verabschiedet. Die Verteilung der ausgeworfenen Mittel soll auf Grund von Richtlinien erfolgen, die mit Zustimmung des Reichrates und eines 28gliedrigen Ausschusses des Reichstages festgelegt werden soll. Der Ausschuß nahm u. a. folgende Entscheidung an: „Die Reichsregierung zu ersuchen, so fort die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Pfändungen und Zwangsvollstreckungen bei mit Roggenbankhypotheken belasteten bäuerlichen Klein- und Mittelbetrieben aufzuhalten und die Vermittlungsstelle anzuweisen, so fort die notwendigen Mittel aus dem der Reichsregierung zur Verfügung gestellten Fonds zwecks Umschuldung der hochbelasteten bäuerlichen Betriebe anzufordern.“

### Noch einer

Der Oberstaatsanwalt des Landgerichts Schwerin hat gegen den Geschäftsführer des Kreislandbundes Schwerin, Bremer, ein Verfahren wegen Verstoßes gegen die Verordnung über Aufreizung zum Steuertreib eingeleitet. Die Staatsanwaltschaft steht in der Entscheidung des Landbundes, in der es heißt, „wir können und wollen nicht mehr Zahlungen an die öffentliche Hand leisten“, sowie „Wir sind nicht gewillt, Zwangsmaßnahmen weiterhin zu ertragen“, einen Verstoß gegen die angeführte Verordnung.

## Das „Don-Komplot“

In der Moskauer Zeitung Krasnaja Gazeta werden Einzelheiten über die organisierte Wirtschaftsabotage in Schachtin im Mittelteil. Danach richtete sich die Anlage u. a. gegen die Familie Kolobup. Emiljan Kolobup sei früher Direktor, kurz vor der Revolution Besitzer der Donezki-Grubenschicht geworden, habe dann die Partei der Denikins genommen. Nach dem Einzug der Sowjets fingen die Kolobups und ihr Anhang an, in den Gruben im „Don-Bassin“ zu arbeiten. Kolobup wurde Wirtschaftsführer eines Schachtes. Er wurde von Arbeitern vertrieben, fand immer wieder an anderen Schächten Beschäftigung, weil er stets von den Ingenieuren und den technischen Leitungen geschützt wurde. Einer seiner früheren Beamten wurde inzwischen sogar Oberingenieur. Nun wird gegen die Kolobups die Beschuldigung erhoben, sie hätten in Erwartung der Rückkehr der früheren Besitzer die Schächte explodieren lassen, die Arbeiter gegen die Sowjetmacht aufgebracht und die technischen Leitungen überredet, keine neuen Schächte zu öffnen usw. Hierfür werden Beispiele angegeben. So ein Fall im Schacht Bessergewka. Als von oben her der Plan der Erweiterung dieses reichen Schachtes geplant wurde, erklärten die Sozialen Ingenieure, die von den früheren fremden Besitzern besetzt sind, einstimmig, dieser Schacht sei wertlos. Gleichzeitig haben sie, sagt das Blatt, mit allen Mitteln die Schachtausrüstung sowohl zerstört als auch teilweise gestohlen. Darauf verstand der Schacht aus den offiziellen Dokumenten, als sei er gar nicht vorhanden! Der „Nomo-Moskwa“-Schacht wurde ebenfalls von den Kolobups mit Hilfe ihrer Anhänger unter Wasser gesetzt und die Ausrüstung vorher gestohlen. Der Schacht gehörte teilweise betrieblchem Kapital. Ueber die gestohlenen Ausrüstungen wurden von den Beschuldigten genaue Listen geführt.